

Reinhard Hildebrandt

# **Zivilgesellschaft im Widerstreit**

**Konkurrenz zwischen Staat, Ökonomie  
und Zivilgesellschaft in der Realisierung  
des gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohls**



# Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung.....	15
II.	Vielfalt zivilgesellschaftlichen Engagements.....	19
1.	Ehrenamtliches Engagement.....	19
1.1	Unterschiede in der Teilnahme .....	19
1.2	Tätigkeitsfelder .....	21
2.	Bedingungsrahmen des freiwilligen Engagements .....	23
2.1	Motive der Freiwilligen.....	23
2.2	Organisatorische Bedingungen.....	25
2.3	Hauptamtliche Mitarbeiter als Ansprechpartner für Freiwillige .....	26
2.4	Verbesserungswünsche der Freiwilligen.....	28
III.	Unterschiedliche Definitionen von Zivilgesellschaft.....	29
1.	Eine Auswahl .....	29
1.1	Freiwilligensurvey.....	29
1.2	Definition von Bernhard Mark-Ungericht .....	30
1.3	Antonio Gramscis Begriffsbestimmung .....	30
1.4	Dieter Gosewinkels und Dieter Ruchts Deutung von Zivilgesellschaft.....	30
1.5	Definition der Zeitschrift „Sonderweg“ .....	31
1.6	Zivilgesellschaft aus der Sicht von Thomas Klie.....	32
1.7	Julia Mohrs Definitionsversuch.....	33
1.8	Zivilgesellschaftsdefinition der Bundeszentrale für politische Bildung.....	33
1.9	Thomas Carothers' kritische Definition der Zivilgesellschaft auf dem Hintergrund US-amerikanischer Erfahrungen .....	34
1.10	Christoph Sebalds Kritik an der Zivilgesellschaft.....	37
1.11	Die spezifische Positionsbestimmung der EU-Kommission.....	39
1.12	Thomas Kerns Bestimmung der Grenzen zivilgesellschaftlichen Engagements .....	40
1.13	Variabilität und Differenz in der Definition von Zivilgesellschaft .....	41

IV.	Unterschiedliche Motivationen.....	43
1.	Der unterschiedlich motivierte zivilgesellschaftlich tätige Mensch als Ursache widersprüchlicher Definitionen .....	43
1.1	Selbstgesetzliches und eigennütziges Verhalten von Menschen.....	45
1.1.1	Begriffliche Analyse des Verhältnisses von Selbstgesetzlichkeit und Eigennutz .....	45
1.1.2	Analyse des praktischen Verhaltens.....	46
1.2	Handlungslogisch orientierte Analyse zivilgesellschaftlichen Engagements .....	46
1.3	Handlungslogik in der organisierten Zivilgesellschaft .....	48
V.	Interaktionen zwischen Staat, Ökonomie und Zivilgesellschaft zur Erhaltung des „formlosen Gegenhalts“ .....	51
1.	Definition des „formlosen Gegenhalts“ .....	51
2.	Erhaltung des „formlosen Gegenhalts“ durch den Staat? .....	52
2.1	Die Exekution von Macht als Handlungslogik von Exekutive, Legislative und Judikative.....	54
3.	Erhaltung des „formlosen Gegenhalts“ durch die Ökonomie?.....	56
3.1	Ungleichheit in gesellschaftlichen Tauschverhältnissen .....	56
3.2	Ungleichgewichtige Aufteilung zwischen „Für-sich“ und „Für-den-Anderen“ .....	58
4.	Erhaltung des „formlosen Gegenhalts“ durch die Zivilgesellschaft? .....	59
VI.	Gemeinwohlbestimmungen von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.....	63
1.	Extreme in der Gemeinwohlausrichtung .....	63
2.	Anspruch auf Deutungshoheit durch hegemoniale Formationen .....	64
2.1	Diskursive Formationen.....	64
2.2	Was unterscheidet die hegemoniale von der diskursiven Formation? .....	65
2.3	Die Praxis hegemonialer Formationen .....	66

2.3.1	Nichtbeachtung des formlosen Gegenhalts.....	66
2.3.2	Destruktion des formlosen Gegenhalts und einseitige Gemeinwohlorientierung .....	67
2.4	Unzutreffende Differenzbestimmung zwischen Interesse und Gemeinwohl am Beispiel Dietmar von der Pfordtens Untersuchung „Über den Begriff des Gemeinwohls“ .....	70
3.	Anspruch des Staates auf Deutungshoheit in der Formulierung des gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohls?.....	74
3.1	Das Eingriffsrecht des Staates .....	74
3.2	Deutungsanspruch des Staates in Staatstheorien ....	75
3.2.1	Der Staat als Stufe in der Reinkarnation des entäußerten Weltgeists (Georg Wilhelm Friedrich Hegel).....	75
3.2.2	Der Staat als Garant einer gerechten Gesellschaft (Martha Nussbaum).....	76
3.2.3	Der Staat als Garant einer „Kultur der Freiheit“ (Julian Nida-Rümelin) .....	79
3.2.4	Der Staat als Garant eines bürgernahen Kapitalismus (Lisa Herzog).....	80
4.	Anspruch der Ökonomie auf Deutungshoheit in der Formulierung des gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohls?.....	82
4.1	Unhinterfragte Annahmen der makroökonomischen Grenzproduktivitätstheorie .....	82
4.2	Kapitalrendite höher als der wirtschaftliche Ertrag aus dem Verkauf von Arbeitskraft – Thomas Pikettys $r > g$ .....	85
4.3	„Ureigenster Verdienst“ der Erfolgreichen?.....	89
4.4	„Marktversagen“ und ökonomische Macht (Joseph E. Stiglitz “Price of Inequality”) .....	91
5.	Anspruch der Zivilgesellschaft auf Deutungshoheit in der Formulierung des gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohls? .....	92
5.1	Zivilgesellschaftliche Gemeinwohlvorstellungen .....	92
5.1.1	Das engere Wohn- und Lebensumfeld als Ausgangspunkt der Wahrnehmung .....	92

6.	5.1.2 Gleichheit in der Ungleichheit .....	93
6.	Kritikwürdige Zustände .....	95
6.1	Fragen an die Repräsentanten des Volkes.....	95
6.2	Ab wann und wie werden Wähler manipuliert? .....	96
6.3	Fragen anlässlich der Mindestlohndebatte .....	97
6.4	Fragen zur Daseinsfürsorge.....	99
6.5	Negative Auswirkungen der Steuergesetzgebung .....	100
6.6	Fragen zum Verhältnis zwischen Legislative, Exekutive und Judikative.....	102
6.7	Fragen zur Selbstheilungskraft des Marktes .....	102
6.8	Klagen über zunehmend ungleiche Einkommen und Vermögen.....	105
6.9	Konzentration in der Medienbranche .....	106
VII.	Die Zivilgesellschaft im Konkurrenzkampf mit Staat und Wirtschaft um die Ausformulierung des gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohls .....	109
1.	Zivilgesellschaftliche Gemeinwohlbelange.....	109
1.1	Mehr Repräsentation und weniger Herrschaft .....	109
1.2	Weitgehende Entscheidungsfreiheit der Repräsentanten gegenüber außerparlamentarischen gesellschaftlichen Kräften .....	119
1.3	Zivilgesellschaftliches Engagement ermögliche Arbeitszeiten, Löhne, Gehälter und Renten.....	122
1.4	Restrukturierung der Daseinsvorsorge .....	125
1.4.1	Exkurs: Kontroverse um eine die Leistungsbereitschaft der Bürger unterstützende staatliche Daseinsvorsorge am Beispiel des Konflikts zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten .....	126
1.4.1.1	Staatliche Daseinsfürsorge im Widerstreit .....	126
1.4.1.2	Der Prozess der vertraglichen Verankerung in der EU .....	127
1.4.1.3	Umsetzung unter den Vorzeichen des Neoliberalismus .....	133

1.5	Voraussetzungen für eine als gerecht empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung.....	135
1.6	Das Gebot einer ungleichen Lebensverhältnisse ausgleichenden Steuerpolitik .....	137
1.6.1	Unterschiedliche Besteuerungsmethoden .....	137
1.6.2	Steuerpolitik am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland .....	138
1.6.2.1	Einkommensteuer .....	138
1.6.2.2	Ertragsteuer .....	139
1.6.2.3	Verbrauchsteuer .....	139
1.6.2.4	Substanzsteuer .....	140
1.6.3	Wachsende Ungleichheit als Folge unterschiedlicher Regelungen.....	141
1.7	Die Bewahrung von Medienvielfalt zur Artikulation von und Kritik an gesellschaftlichen Missständen.....	142
1.8	Ein austariertes Verhältnis zwischen Exekutive, Legislative und Judikative .....	145
2.	Einverleibung zivilgesellschaftlicher Gemeinwohlblange durch den Staat .....	147
3.	Einverleibungsversuche zivilgesellschaftlicher Gemeinwohlblange durch staats- oder unternehmensfreundliche Stiftungen – z.B. Stiftung Zukunft Berlin, Netzwerk Bürgerbeteiligung, Bertelsmann Stiftung .....	149
4.	Einverleibungsversuche zivilgesellschaftlicher Gemeinwohlblange durch Unternehmen und Markt – Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM).....	150
VIII.	Staatliches Handeln zwischen Markt und Macht .....	155
1.	Unzulängliches Eingreifen des Staates .....	155
1.1	Die Illusion des idealen Marktes .....	155
1.2	Öffnung der hierarchischen Struktur des Staates .....	155
1.3	Ungenügendes Eingreifen des Staates (dargestellt durch Joseph E. Stiglitz am Beispiel der USA) .....	156
1.4	Stiglitzs Reform Agenda .....	159

IX.	Ein austariertes Verhältnis zwischen zivilgesellschaftlichem, staatlichem und ökonomischem Gemeinwohl in der Gesamtgesellschaft .....	163
1.	Zu relativierende Deutungsansprüche .....	163
1.1	Relativierter Deutungsanspruch des Staates .....	163
1.2	Relativierter Deutungsanspruch der Ökonomie .....	165
1.3	Relativierter Deutungsanspruch der Zivilgesellschaft .....	165
2.	Präsentation eines austarierten Verhältnisses zwischen den drei gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohlbestimmungen .....	166
2.1	Was bedeutet mehr Repräsentation und weniger Herrschaft des Staates? .....	167
2.2	Wie erreicht man mehr Entscheidungsfreiheit der Repräsentanten in Legislative, Exekutive und Judikative gegenüber mächtigen außerparlamentarischen Kräften? .....	168
2.3	Wie sind Arbeitszeiten, Löhne, Gehälter und Renten auszurichten, damit zivilgesellschaftliches Engagement möglich ist? .....	169
2.4	Auf welche Weise muss die Daseinsvorsorge restrukturiert werden? .....	170
2.4.1	Gesundheitsanforderungen und mehr Ernährungssicherheit .....	170
2.4.2	Kultur .....	171
2.4.3	Bildung .....	173
2.4.4	Umwelt, Wasser, Energie und Transport.....	176
2.4.5	Wohnungswesen .....	177
2.5	Steuerpolitik zur Herstellung einer als gerecht empfundenen Einkommens- und Vermögensverteilung.....	178
2.6	Informations- und Meinungsfreiheit .....	180
2.6.1	Schutz vor weltweiter Ausspähung der Bürger durch Geheimdienste.....	181
X.	Zusammenfassung und Schlussreflexion.....	187
1.	Partialinteresse und Gemeinwohl .....	187
2.	Vom ehrenamtlichen Engagement zur organisierten Zivilgesellschaft .....	188
3.	Selbstgesetzliches und eigennütziges Handeln.....	189

4.	Die Erhaltung des „formlosen Gegenhalts“ in der Gesellschaft.....	190
5.	Kann der Staat seiner ihm anvertrauten Aufgabe gerecht werden, den „formlosen Gegenhalt“ zu erhalten?.....	190
6.	Kann die Ökonomie den „formlosen Gegenhalt“ garantieren? .....	191
7.	Erhält zivilgesellschaftliches Handeln den „formlosen Gegenhalt“? .....	192
8.	Was spricht gegen den Anspruch des Staates auf Deutungshoheit in der Formulierung des gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohls? .....	192
9.	Woran mangelt es der Ökonomie, die Deutungshoheit in der Formulierung des gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohls zu beanspruchen?.....	193
10.	An welchem Mangel scheitert bisher der Anspruch der Zivilgesellschaft auf Deutungshoheit in der Formulierung des gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohls?.....	194
11.	Was sind zivilgesellschaftliche Gemeinwohlbelange? – eine kurz gefasste Aufzählung der wichtigsten Belange....	194
12.	Anstrengungen zur Schaffung eines austarierten Verhältnisses zwischen zivilgesellschaftlichem, staatlichem und ökonomischem Gemeinwohl in der Gesamtgesellschaft .....	195
XI.	Anmerkungen .....	197
XII.	Literaturverzeichnis .....	205